

87.418

Interpellation Mühlemann
Luftreinhalteverordnung.
Vollzugsaufgaben
Ordonnance sur la protection
de l'air. Application

Wortlaut der Interpellation vom 2. Juni 1987

1. Wie beurteilt der Bundesrat den kantonalen und kommunalen Vollzug nach Inkrafttreten der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung vom 1. März 1986 im Bereiche von Planung, Organisation, technischen Anforderungen, Information und Beratung?
2. Welche zusätzlichen Mittel müssen für die Vollzugsmaßnahmen bei Kantonen und Gemeinden aufgewendet werden?
3. Wie bewährt sich der Einbezug von privaten Unternehmen für den Vollzug von Umweltschutzmassnahmen?
4. Auf welche Weise findet der Erfahrungsaustausch zwischen dem Bund, den Kantonen und den grossen Agglomerationen statt?
5. Wie weit ist die Zusammenarbeit auf dem Umweltschutzgebiet mit den Nachbarstaaten gediehen?
6. Welche zusätzlichen Leistungen muss der Bund nach den Vollzugsarbeiten der Kantone noch aufbringen?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um das Parlament regelmässig über die Vollzugstätigkeit von Kantonen und Gemeinden zu informieren?

Texte de l'interpellation du 2 juin 1987

1. Quelle appréciation le Conseil fédéral porte-t-il sur l'exécution, par les cantons et les communes, de l'ordonnance fédérale sur la protection de l'air, entrée en vigueur le 1er mars 1986, pour ce qui est de la planification, de l'organisation, des exigences techniques et des services d'information et de consultation?
2. Quelles charges financières les cantons et les communes doivent-ils assumer pour les mesures d'exécution?
3. Le recours à des entreprises privées pour l'exécution de mesures relevant de la protection de l'environnement donne-t-il de bons résultats?
4. Comment s'effectue l'échange d'informations sur les expériences faites entre la Confédération, les cantons et les grandes agglomérations?
5. Où en est la coopération avec les pays voisins en matière de protection de l'environnement?
6. Quelles prestations la Confédération doit-elle encore fournir une fois les travaux d'exécution accomplis par les cantons?
7. Par quels moyens le Conseil fédéral prévoit-il d'informer à intervalles réguliers le Parlement sur l'exécution de la législation par les cantons et les communes?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Blocher, Blunschy, Bremi, Camenzind, Cantieni, Eggly-Genf, Eppenberger-Nesslau, Frey, Früh, Giudici, Grendelmeier, Hunziker, Jeanneret, Loretan, Müller-Meilen, Nebiker, Oehler, Ogi, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Rutishauser, Rüttimann, Salvioni, Schmidhalter, Schüle, Spoerry, Steinegger, Stucky, Uhlmann, Villiger, Weber-Schwyz, Weber Monika, Wellauer, Wick, Widmer, Wyss, Zbinden, Zwingli (40)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Schweiz ist in der Umweltschutzgebung im Vergleich mit dem Ausland vorbildlich. Die grösste Schwierigkeit besteht aber im raschen Vollzug der Gesetze und Verordnungen auf Stufe Kanton und Gemeinde. Der Bundesrat wird durch diese Interpellation aufgefordert, die Kontrolle über die Vollzugstätigkeit zu verstärken und das Parlament darüber zu informieren. Diese Berichterstattung dient dem

breiten Erfahrungsaustausch und der Aufsicht über die finanziellen Aufwendungen. Sie fördert auch die Verbesserung unzulänglicher Abläufe und hilft mit, den Massnahmenkatalog einer stetigen Anpassung zu unterziehen. Es ist wichtig, dass die Umweltbedrohung nicht nur analysiert, sondern dass ein wirksamer Massnahmenkatalog auf Stufe Kanton und Gemeinde bald vollzogen wird.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 21. September 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 21 septembre 1987

1, 2, 3 und 6. Der Bundesrat hat die Luftreinhalteverordnung (LRV) auf den 1. März 1986 in Kraft gesetzt. Die Verordnung weist den Vollzug der Vorschriften weitestgehend den Kantonen zu. Als detaillierte technische Verordnung im komplexen Bereich der Luftreinhaltung stellt sie an den Vollzug hohe Ansprüche. Mit dem Informations- und Ausbildungskonzept des Eidgenössischen Departementes des Innern werden die Kantone bei der Einführung der LRV und der anderen Verordnungen zum Umweltschutzgesetz vom Bund unterstützt.

Zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung waren in den verschiedenen Kantonen Infrastruktur und Personalbestände für die Vollzugsaufgaben sehr unterschiedlich; teilweise waren sie noch nicht vorhanden. Die Kantone konzentrierten sich deshalb vorerst auf den Auf- oder Ausbau leistungsfähiger Fachstellen. Dies ist keine kurzfristige Aufgabe, müssen doch geeignete Fachleute gefunden und in ihre anspruchsvolle Aufgabe eingeführt werden. Aus diesen Gründen ist es im Augenblick noch zu früh, Aussagen über die Ergebnisse der Vollzugstätigkeit zu machen.

Wie der Bundesrat in seinem Bericht Luftreinhalte-Konzept vom 10. September 1986 bereits dargelegt hat, misst er dem Vollzug der LRV durch Kantone und Gemeinden zum Erreichen der lufthygienischen Ziele eine grosse Bedeutung bei. Umweltschutz ohne die tatkräftige Mithilfe der Kantone und Gemeinden ist nicht möglich. Die kantonal möglichen Massnahmen werden im Augenblick evaluiert und quantifiziert, eine Aufgabe, die sehr komplex und aufwendig ist und deshalb im Rahmen eines externen Expertenauftrages bearbeitet werden muss.

4. Zwischen Bund und Kantonen herrscht schriftlich und mündlich ein intensiver Erfahrungsaustausch, namentlich durch

- direkte Kontakte zwischen Mitarbeitern kantonaler und eidgenössischer Luftreinhaltfachstellen;
- regelmässige Informationsveranstaltungen zu Fragen der Luftreinhaltung;
- Rundschreiben des Bundes an die Kantone zur Erläuterung und Interpretation der LRV;
- gemeinsame Aktivitäten des Bundes und der Vereinigung schweizerischer Lufthygieniker (Cerc'l'Air);
- Mitarbeit von Kantons- und Gemeindevertretern in der Eidgenössischen Kommission für Lufthygiene.

5. Der Bundesrat beurteilt die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten als positiv. In regelmässigen Treffen der Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, Oesterreichs und der Schweiz werden die aktuellen Umweltprobleme erörtert und Initiativen zu internationalen, harmonisierten Massnahmen ergriffen. Neben diesen Dreiertreffen finden auch bilaterale Begegnungen mit dem Umweltminister Frankreichs statt. Die Kontakte mit Italien sind noch zu verstärken.

Die von der Schweiz vorgebrachten Vorschläge werden von den Nachbarländern in der Regel aktiv unterstützt, so zum Beispiel die Bestrebungen für ein Zusatzprotokoll im Rahmen der Genfer Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung, mit dem die Emissionen von Stickstoffoxiden eingeschränkt werden sollen. Ein Zusatzprotokoll zur Reduzierung der Schwefelemissionen ist nach der Ratifizierung durch die nötigen 16 Vertragspartner im September 1987 in Kraft getreten.

Mit den Nachbarstaaten wird schliesslich auch im Rahmen internationaler Organisationen aktiv zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit beschränkt sich selbstverständlich

nicht nur auf die Luftreinhaltung, sondern umfasst auch die anderen Bereiche des Umweltschutzes.

7. Der Bundesrat wird über die Vollzugstätigkeit jeweils im Rahmen des Geschäftsberichts informieren.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion offensichtliche Mehrheit
Dagegen Minderheit

87.536

Interpellation Ruf-Bern Kriminalität von Asylbewerbern

Interpellation Ruf-Berne Criminalité chez les demandeurs d'asile

Wortlaut der Interpellation vom 19. Juni 1987

Die seit längerer Zeit in der Schweiz gesamthaft feststellbare Zunahme der Kriminalität gibt verständlicherweise in der Bevölkerung zu berechtigter Beunruhigung Anlass, insbesondere wenn es sich um Gewaltverbrechen und um Drogendelikte handelt. Zahlreichen Berichten in den Massenmedien muss entnommen werden, dass vor allem die Zahl der von Asylbewerbern begangenen Straftaten stark angestiegen ist. Im Falle der Tamlen aus Sri Lanka ist z. B. eine umfangreiche Beteiligung im Handel von harten Drogen bekannt.

Der Bundesrat wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Statistische Angaben:

a. Wie hoch sind die jährlichen Gesamtzahlen der in der Schweiz von Asylbewerbern während der letzten fünf Jahre begangenen Verbrechen und Vergehen (getrennte Werte)?

b. Wieviele Asylbewerber jeder betroffenen Nationalität wurden im fraglichen Zeitraum jährlich straffällig? (Es wird eine vollständige Liste mit Angabe der Herkunftsländer und der Anzahl straffälliger Asylanten pro Jahr gewünscht.)

c. Welche Verbrechen und Vergehen wurden von Asylbewerbern (aus welchen Herkunftsländern?) während der vergangenen fünf Jahre am häufigsten begangen? (Es wird eine detaillierte Statistik mit Angaben über Anzahl der Delikte und über die Nationalität der Täter pro Vergehensgruppe gewünscht.)

2. Teilt der Bundesrat die Auffassung, die ansteigende Asylantenkriminalität sei eine direkte Folge der allzu freizügigen Asylpolitik, die Zehntausende von Wirtschaftsasylanten geradezu anlockt und zu Missbräuchen des Gastrechtes einlädt, sowie insbesondere auch der bedenklichen Tatsache, dass die Mehrheit der abgewiesenen Asylbewerber – nach Ablehnung des Gesuches – nicht ausser Landes geschafft wird?

3. a. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um die grassierende Asylantenkriminalität wirksam zu bekämpfen?

b. Ist er bereit, sämtliche kriminellen Asylbewerber als asylunwürdig zu betrachten und ausschaffen zu lassen?

c. Wie sieht diesbezüglich die bisherige Praxis aus?

d. Wieviele der in den letzten fünf Jahren straffällig gewordenen Asylanten gemäss Frage 1 (in absoluten und prozentualen Angaben) haben unser Land verlassen müssen? Wieviele nicht und weshalb nicht?

Texte de l'interpellation du 19 juin 1987

L'accroissement de la criminalité en Suisse que l'on constate partout depuis un certain temps fait naître parmi la population des craintes parfaitement justifiées, en particulier lorsqu'il s'agit d'actes de violence criminels et de délits imputables à la drogue.

On peut déduire de maintes informations diffusées par les médias que c'est surtout le nombre des actes répréhensibles commis par des demandeurs d'asile qui a fortement augmenté. On sait par exemple que les Tamouls du Sri Lanka pratiquent sur une grande échelle le commerce de drogues dures.

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Données statistiques:

a. Quel est le nombre annuel des crimes et des délits commis en Suisse ces cinq dernières années par des demandeurs d'asile (chiffres séparés)?

b. Combien de demandeurs d'asile de telle ou telle nationalité ont été frappés d'une peine durant la même période? (Je désire une liste complète indiquant les pays d'origine et le nombre de demandeurs d'asile condamnés chaque année.)

c. Quels sont les crimes et les délits les plus fréquemment commis pendant ces cinq dernières années par des demandeurs d'asile (pays d'origine)? (Je désire une statistique détaillée renseignant sur le nombre des délits commis, classés par catégories, et sur la nationalité des délinquants.)

2. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que la criminalité croissante des demandeurs d'asile est la conséquence directe de la politique trop libérale adoptée en matière d'asile, qui attire des dizaines de milliers de réfugiés économiques et les incite à violer le droit du pays d'accueil, et en particulier du fait regrettable que la plupart des demandeurs d'asile dont la requête a été rejetée ne sont pas expulsés?

3. a. Quelles mesures le Conseil fédéral envisage-t-il pour combattre efficacement la criminalité qui règne parmi les demandeurs d'asile?

b. Est-il prêt à considérer tous les demandeurs d'asile criminels comme indignes d'être protégés et à les faire expulser?

c. Que prévoit la pratique actuelle à ce sujet?

d. Combien de demandeurs d'asile frappés d'une peine au cours des cinq dernières années au sens de la question 1 (indications en chiffres absolus et en pourcent) ont dû quitter notre pays? Combien n'ont pas été renvoyés et pourquoi?

Mitunterzeichner – Cosignataire: Steffen

(1)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 2. September 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 2 septembre 1987

1. Die vom Interpellanten verlangten statistischen Angaben im Bereich der Ausländerkriminalität werden bereits in allgemeiner Form in den bestehenden Kriminalstatistiken der Bundesanwaltschaft und des Bundesamtes für Statistik erfasst und veröffentlicht.

Mit dem Vorstoss wird jedoch eine gezielte und durch kriminalpolitische Überlegungen nicht zu begründende Aufschlüsselung der Ausländerkriminalität verlangt. Dadurch würde diese Bevölkerungsgruppe ungerechtfertigt diskriminiert, zumal aufgrund der bereits bekannten statistischen Daten feststeht, dass die Kriminalitätsrate der in der Schweiz wohnhaften Ausländer diejenige der Schweizer nicht wesentlich übersteigt.

Im übrigen wäre es dem Bund auch aus praktischen Gründen nicht möglich, eine derart ins Detail gehende, rückwirkende Statistik zu erstellen und zu führen, weil die Kantone nicht in der Lage wären, ihm diese Daten zu liefern.

2. Der Bundesrat hat in den vergangenen Jahren wiederholt erklärt, dass zwischen der Ausgestaltung der schweizerischen asylrechtlichen Bestimmungen und der in den vergangenen Jahren festgestellten Zunahme der Zahl von Asylbewerbern keinerlei Zusammenhang besteht. Das gleiche gilt für die Beziehung zwischen der Ausgestaltung der Asylpolitik und der Zahl straffällig gewordener Asylbewerber. Die zur Fragestellung führende Betrachtungsweise vergisst die schlechte Menschenrechtssituation in den meisten Her-

Interpellation Mühlemann Luftreinhalteverordnung. Vollzugsaufgaben

Interpellation Mühlemann Ordonnance sur la protection de l'air. Application

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.418
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1505-1506
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 826

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.